

Mieterbund dringt auf die „Mietpreisbremse“

Verband fürchtet, dass Regierung versprochene Gesetzesreform verzögert und warnt vor den Folgen

(dpa) Der Deutsche Mieterbund warnt davor, geplante Entlastungen für Mieter auf die lange Bank zu schieben. „Eine Verzögerung würde natürlich eindeutig zulasten bestimmter Mieterhaushalte gehen“, sagte Verbandspräsident Franz-Georg Rips am Dienstag in Berlin. Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause befürchtet der Mieterbund, dass Teile der schwarz-roten Koalition versuchen könnten, längst vereinbarte Projekte wie „Mietpreisbremse“ und Änderungen im Maklerrecht aufzuweichen. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) teilte mit, alles dafür zu tun, dass beide Projekte „so schnell wie möglich in Kraft treten können“.

Mieterbundspräsident Rips räumte ein, dass die Wohnungspolitik von der Koalition zwar aus dem „Dornröschenschlaf wachgeküsst worden“ sei. Nun müssten aber die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag auch in die Tat umgesetzt werden. „Es gibt genug zu tun im Mietrecht“, sagte der Verbandspräsident. Doch man könne den

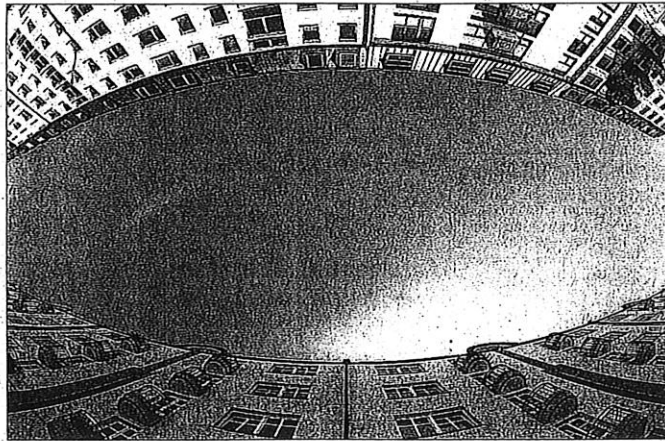
Eindruck gewinnen, dass Teile der CDU die geplanten Neuregelungen ablehnten und nach Möglichkeiten suchten, den von Maas vorgelegten Referentenentwurf zu verzögern.

Angesichts der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag forderte Rips, die „Mietpreisbremse“ wie geplant

umzusetzen. Die Neuregelung sieht vor, dass bei einem Mieterwechsel in angespannten Märkten die neue Miete künftig maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen dürfen soll. Das soll hohe Aufschläge bei Neuvermietungen verhindern. In welchen Regionen

die Regelung greift, sollen die Länder festlegen können. Es gebe dringenden Handlungsbedarf, sagte Rips. In angespannten Märkten wie Universitätsstädten und einigen Ballungsräumen müssen Mieter bei Neuverträgen nach seinen Worten im Schnitt mehr als ein Drittel mehr zahlen als die Vormieter.

Eine weitere Neuregelung betrifft das Maklerrecht: Künftig sollen die Kosten für Makler nicht mehr automatisch auf die Mieter umgelegt, sondern von dem getragen werden, der den Makler beauftragt. Gegen dieses „Bestellerprinzip“ gibt es Widerstand: Der Immobilienverband IVD zum Beispiel sieht verfassungsrechtliche Probleme und befürchtet langwierige Rechtsstreitigkeiten. Nach Ansicht von Mieterbundsleiter Lukas Siebenkotten zieht dieses Argument nicht: „Das ist eigentlich so marktwirtschaftlich wie nur irgendwas.“ Der Mieterbund pocht zudem darauf, auch andere im Koalitionsvertrag vorgesehene Änderungen nicht aus den Augen zu verlieren, wie Kosten für energetische Sanierungen.



Die Mieten in Großstädten klettern teils in schwindelerregende Höhen.

DP 14-06-2014